

Niederschrift

**über die 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 23.09.2009 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Ratsmitglieder

Frau Susanne Brandenburg	CDU	
Herr Alexander Büttner	CDU	für Rm. Ute-Lucia Krall
Herr Walter Corbat	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Frau Angelika Urban	CDU	
Herr Heinz-Georg Wingartz	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Frau Birgit Alkenings	SPD	
Herr Hans-Georg Bader	SPD	
Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	
Herr Rolf Mayr	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Jürgen Scholz	SPD	
Herr Ludger Reffgen	BA	
Herr Udo Weinrich	BA	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne	
Herr Friedhelm Burchartz	FDP	für Rm. Rudi Joseph
Herr Werner Horzella	dUH	

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Horst Thiele
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Herr Beig. Norbert Danscheidt
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Lutz Wachsmann
Herr Michael Witek
Herr Roland Becker
Frau Christina Herzberg

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|-----|--|--------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht | |
| 3 | Anregungen und Beschwerden | |
| 3.1 | Anregung nach § 24 GO , Anlegung eines Parkplatzes beim Tierheim | WP 04-09 SV 66/173 |
| 4 | Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses | |
| 4.1 | 3. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden vom 22.12.2006 | WP 04-09 SV 68/052 |
| 5 | Haushalts- und Gebührenangelegenheiten | |
| 5.1 | Konzernabschluss Stadt Hilden | WP 04-09 SV 20/180 |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Bau einer Fotovoltaik-Anlage auf der Grundschule Kalstert
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - | WP 04-09 SV 26/108 |
| 6.2 | Künftige Struktur der Stadtentwässerung Hilden | WP 04-09 SV 20/179 |
| 7 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 7.1 | Termine | |
| 7.2 | Haushalt 2010 | |
| 8 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |
| 8.1 | Lärmschutzpaket II | |
| 8.2 | Baustelle an der Bismarckstraße | |
| 8.3 | Keine Grabsteine aus Kinderarbeit: Aufklärungskampagne starten! | |
| 8.4 | Geldanlagen der Stadt Hilden und der städtischen Gesellschaften | |
| 8.5 | Kostenloses Schulobst | |

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt
mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Scheib, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Zuschauer und Vertreter der Presse und die Mitglieder des Ausschusses.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde waren keine Einwohner erschienen.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Der technische Beigeordnete, Horst Thiele, teilte mit, dass bei der Verwaltung aktuell ein Beschlussentwurf des Verwaltungsgerichtes für einen Beweisbeschluss eingegangen sei. In diesem Zusammenhang seien noch einige technische Fragen zu klären. Die Stellungnahme der Stadt Hilden werde wie bisher mit den übrigen betroffenen Gemeinden im Kreis und dem Landrat abgestimmt.

3 Anregungen und Beschwerden

- 3.1 Anregung nach § 24 GO , Anlegung eines Parkplatzes beim Tierheim WP 04-09 SV 66/173
-

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss bestätigt folgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, schräg gegenüber dem Tierheim, Im Hock, neben der Fahrbahn der Straße auf städt. Gelände Parkplätze anzulegen. Die Kosten von rd. 1000 € gehen zu Lasten der Stadt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- 4.1 3. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden vom 22.12.2006 WP 04-09 SV 68/052
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss:

Die als Anlage in vollem Wortlaut vorliegende 3. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden vom 22.12.2006 wird hiermit beschlossen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, alles Weitere zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

5.1 Konzernabschluss Stadt Hilden

WP 04-09 SV 20/180

Der Kämmerer teilte mit, dass der für August angekündigte Zwischenbericht immer noch nicht vorliege. Die Projektgruppe, die das Modellprojekt begleitet, soll zunächst noch einmal tagen, bevor der Leitfaden zur Erstellung des Zwischenberichtes Ende September/Anfang Oktober vorgelegt werden kann.

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Gesamtabschluss zur Kenntnis.

6 Anträge

6.1 Bau einer Fotovoltaik-Anlage auf der Grundschule Kalstert - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

WP 04-09 SV 26/108

Beig. Danscheidt teilte mit, dass zwischenzeitlich am vergangenen Montag der Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH beschlossen hat, ca. 350 m² Dachfläche mit einer Fotovoltaik-Anlage auszustatten. Die Leistung der Anlage wurde mit 30 KWpeak angegeben. Der Bau könne voraussichtlich noch in diesem Jahr realisiert werden.

Eine Beschlussfassung über diesen Antrag hat sich damit erübrigt.

6.2 Künftige Struktur der Stadtentwässerung Hilden

WP 04-09 SV 20/179

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss auf Grund der neuen Rechtslage es bei der bisherigen Organisationsstruktur der Stadtentwässerung zu belassen. Die Verwaltung wird beauftragt die steuerrechtlichen Angelegenheiten weiter zu beobachten und den Rat zu informieren, wenn sich Rahmenbedingungen ändern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

7.1 Termine

Bürgermeister Scheib teilte mit, dass die nächste Sitzung des Ältestenrates nun für Mittwoch, 7. Oktober, 20 Uhr (nach der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses) geplant sei.

7.2 Haushalt 2010

Der Kämmerer teilte mit, dass nach den aktuellen Orientierungsdaten für den Haushalt 2010 mit bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Minus von 15 % gerechnet werde. Dies entspricht einer Mindereinnahme von rd. 5 Mio Euro. Dagegen müsse bei der Kreisumlage selbst bei unverändertem Hebesatz mit einer Mehrbelastung von ca. 3 Mio. Euro gerechnet werden.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Lärmschutzpaket II

Rm Urban reichte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage ein:

Die CDU Fraktion beauftragt die Verwaltung Kontakt mit Bahn und Eisenbahnbundesamt aufzunehmen, um abzuklären, welche Möglichkeiten es gibt, das Lärmschutzpaket II für die Strecke im Hildener Süden zu nutzen.

Begründung

Die extrem gestiegene Belastung der Bürger im Hildener Süden durch die Bahnlinie war in den letzten Jahren schon häufig Gegenstand von Anfragen und Anträgen der CDU Fraktion.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die Bundesregierung ein Lärmschutzpaket II aufgelegt hat. Im Rahmen dieses Lärmschutzpaketes sind zum einen 40 Mio € vorgesehen, um sogenannte leise Güterwagen, d.h. Güterwagen mit neuer Bremstechnik, anzuschaffen. Zum Anderen sind in den Bundeshaushalten 2009/2010 insgesamt 100 Mio. € für niedrige Lärmschutzwände vorgesehen, die direkt am Gleis angebracht lärmdämpfend wirken sollen.

8.2 Baustelle an der Bismarckstraße

Rm. Reffgen reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

In der vergangenen Woche erhielt ich ein Schreiben eines Anwohners der Bismarckstraße mit folgendem Inhalt:

„... z. Z. errichtet die Stadtparkasse Hilden-Ratingen-Velbert auf der Mittelstraße, Ecke Bismarckstraße, einen Neubau. Für mich als Anwohner mit Baulärm, Bauaktivitäten vor 6.00 und nach 22.00 verbunden. Gestern hatte ich auch die örtliche Polizei zur Hilfe gerufen, die vor 23.00 hier eintraf, allerdings ging der Lärm nachdem die Polizei wieder weg war bis nach Mitternacht weiter. Gleichzeitig sind generell die Verkehrsbedingungen, Parksituation, auf der Bismarckstraße als skurril zu bezeichnen, z. B. ca. 50 Parkverbotsschilder, Anwohnerparkschilder auf dem kurzen Südteil der Bismarckstraße, die praktisch nicht beachtet werden. Besonders toll jetzt in der Bauphase!“

In diesem Zusammenhang frage ich die Verwaltung:

- 1. In welchem zeitlichen Rahmen sind Bauarbeiten auf der Baustelle gestattet? 2. Prüft die Verwaltung, ob die im Rahmen der Baugenehmigung ergangenen Maßgaben und Gebote hinsichtlich der Bauaktivitäten eingehalten werden, und zu welchem Ergebnis haben derartige etwaige Prüfungen geführt?*
- 3. Kann den Anliegern eine unverzügliche Besserung der Situation, bei der die Belästigungen während der Bauphase auf ein erträgliches, unvermeidbares Maß reduziert werden, in Aussicht gestellt werden?*
- 4. Was unternimmt die Verwaltung, damit die den ruhenden Verkehr betreffenden Regelungen zum Schutze der Anwohner auch in der angespannten Situation rund um die Baustelle eingehalten werden?*

Der technische Beigeordnete, Horst Thiele, erklärte, das gleiche Schreiben habe die Verwaltung ebenfalls erhalten. Zwischenzeitlich habe man in Erfahrung bringen können, dass für die Baustelle mit ganz wenigen Ausnahmen eine Genehmigung des staatl. Umweltamtes für Arbeiten von 7.00 bis 20.00 Uhr vorliege. In dem genannten Fall habe ein Subunternehmer „illegal“ weitergearbeitet. Die Sparkasse habe aber zugesichert, künftig verstärkt auf die Einhaltung der Zeiten zu achten. Der Beschwerdeführer habe bereits eine entsprechende Antwort erhalten.

8.3 Keine Grabsteine aus Kinderarbeit: Aufklärungskampagne starten!

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgenden Antrag ein:

Kinderarbeit stellt eine der unmenschlichsten Formen in der Herstellung und Verbreitung von Waren in einer globalisierten Welt dar. Am Beispiel Indien - von dort kommen rund zwei Drittel aller Natursteine in Deutschland - entfaltet sich die ganze Dramatik der Situation: Es wird geschätzt, dass 150.000 Kinder in indischen Steinbrüchen arbeiten. Unter sehr gefährlichen Arbeitsbedingungen schuften sie bis zu 12 Stunden am Tag. Nach Erfahrungen der ILO haben sie aufgrund von chronischen Lungenerkrankungen eine Lebenserwartung von nur 35 Jahren.

Auch in anderen Exportländern für Naturstein, wie China oder Brasilien, schließt die ILO Kinderarbeit nicht aus. Mittlerweile gibt es für Grabsteine ein unabhängiges qualifiziertes Zertifikat (Informa-

tionen unter <http://www.xertifix.de>), das den Ausschluss von Kinderarbeit in der gesamten Wertschöpfungskette testiert, sodass von den Steinmetzen ein entsprechender Nachweis verlangt werden kann.

Wenn auch rechtlich umstritten ist, ob Kommunen das Verbot von Kinderarbeit in ihre Friedhofsatzungen aufnehmen dürfen, so gibt es vor Ort dennoch verschiedene Aktionsmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund möge der Rat nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird gebeten, durch Informationskästen an den Eingängen zu den Friedhöfen, durch Aushang im Rathaus, an der Info-Theke, im Bürgerbüro und gegenüber der Lokalpresse über die Probleme bei der Produktion von Natursteinen informieren. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass beim Kauf von Grabsteinen Nachweise über die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards verlangt werden sollten.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kirchen zu bitten, diese Informationen auch in den kirchlichen Mitteilungsblättern zu veröffentlichen.
3. Die Stadtverwaltung wird gebeten, gegenüber den Bestattungsunternehmen und Steinmetzbetrieben in Hilden in geeignet erscheinender Weise dafür zu werben, dass ausdrücklich Grabsteine angeboten werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt worden sind.

8.4 Geldanlagen der Stadt Hilden und der städtischen Gesellschaften

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Viele kommunale Aktivitäten sind ausgelagert - zum einen in Zweckverbände und öffentlich-rechtliche Unternehmen, zum anderen in Betriebe mit privatrechtlicher Organisationsform wie GmbH. Damit der Überblick nicht verloren geht, müssten diese Töchter gesteuert und kontrolliert werden. Dem letztlich verantwortlichen Rat müsste vom Beteiligungsmanagement klar gemacht werden, wo die kommunalen Firmen stehen, ob sie ihre wirtschaftlichen Ziele erreichen oder ob im Einzelfall Gefahr im Verzuge ist.

Nachdem der Rat mehrfach Vorstöße der „Bürgeraktion Hilden“ abgelehnt hat, Grundsätze und Grundzüge eines städtischen Beteiligungsmanagements zu beschließen und obwohl der Bürgermeister sich geweigert hat, auf eine Ratsanfrage hin mitzuteilen, wo und zu welchen Konditionen der Erlös aus dem Teilverkauf der Stadtwerke angelegt worden ist, stelle ich folgende Fragen:

1. Nach welchen Kriterien werden aktuell nicht benötigte Kassenmittel bzw. ein Liquiditätsüberschuss der Stadt und der städtischen Gesellschaften angelegt? Wie werden diese Kriterien gewichtet?
2. Existieren bei der Stadtkasse Richtlinien und Grundsätze für die Geldanlage, die z.B. zulässige Anlageprodukte enthalten? Wenn ja, welche?
3. Werden bei den Geldanlagen ökologische, soziale und ethische Kriterien berücksichtigt? Wenn ja, welche?
4. Wie hoch sind die derzeitigen Geldanlagen (bitte aufgeschlüsselt in absoluten Zahlen)?

5. *Bei welchen Kreditinstituten erfolgten diese Anlagen? Wie sind die Anlagen auf die Kreditinstitute verteilt (bitte in absoluten und relativen Zahlen)?*
6. *Haben die Stadt, städtische Gesellschaften oder die Stadt Hilden Holding Geldanlagen getätigt, bei denen aufgrund der aktuellen Finanzmarktentwicklung Risiken bestehen?*
7. *Welche Art von Finanzierungsinstrumenten nutzen die Stadtkämmerei, die städtischen Gesellschaften und die Stadt Hilden Holding, um Kreditkonditionen zu optimieren und Zinsänderungsrisiken zu begrenzen? Welche Höhe haben diese Geschäfte? Wie wird deren Risiko vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise eingeschätzt?*
- B. *Trifft es zu, dass beabsichtigt wird, in der Stadt Hilden Holding ein so genanntes „Cash Pooling“ inklusive „Cash Management“ einzuführen ohne den Rat darüber zu informieren, geschweige denn ohne einen entsprechenden Grundsatzbeschluss herbeizuführen? Wenn ja, warum hält die Stadtverwaltung die Umverteilung liquider Mittel der Stadt aus dem „Bürgersparbuch“ an eine städtische Tochtergesellschaft ohne Ratsbeschluss für geboten und angemessen?*

8.5 Kostenloses Schulobst

Rm. Schlottmann reichte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage ein:

Nach neuesten Angaben erhält Deutschland von der EU für das laufende Schuljahr ca. 20 Millionen Euro für die Versorgung von Kindergartenkindern und Schülern mit sogenanntem kostenlosem Schulobst. Der zu leistende Eigenanteil beträgt ca. 18 Millionen Euro. Den Bundesländern steht es frei, ob sie sich an dem Programm beteiligen. Die Landesregierung NRW hat bereits eine Beteiligung signalisiert. Ziel der Landesregierung ist es, dass die Schüler in NRW bereits im Februar oder März 2010 mit Obst versorgt werden sollen.

In diesem Zusammenhang fragt die CDU Fraktion:

Wie viele Kinder würden in Hilden mit dem kostenlosen Schulobst versorgt?

Welche Gesamtkosten entstehen dadurch? Welchen Anteil der Kosten übernimmt das Land?

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

Bürgermeister Günter Scheib
Vorsitzender

Roland Becker
Schriftführer/in